

Rieke Burfeind, Jana Faus, Lutz Ickstadt
April 2026

Was hält Rheinland-Pfalz zusammen?

Impulse für Gemeinschaft und Teilhabe

Impressum

Herausgegeben von

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Regionalbüro Rheinland-Pfalz | Saarland
Große Bleiche 18–20
55116 Mainz
www.fes.de/mainz
mainz@fes.de

Herausgebende Abteilung

Politische Bildung und Dialog (PBD)

Inhaltlich verantwortlich

Ellen Diehl, Leiterin des Regionalbüros Rheinland-Pfalz | Saarland

Autor_innen

Rieke Burfeind, Jana Faus, Lutz Ickstadt

Lektorat

Ellen Diehl, Vivian Landsiedel, Bianca Maiocchi, Marie Welker

Layout

Rohtext, Bonn

Grafiken

Petra Bähner

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

April 2026

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-98628-847-1

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ www.fes.de/publikationen

Rieke Burfeind, Jana Faus, Lutz Ickstadt
April 2026

Was hält Rheinland-Pfalz zusammen?

Impulse für Gemeinschaft und Teilhabe

Inhalt

Vorwort	3
1. Einleitung: Rheinland-Pfalz im Spannungsfeld zwischen Entwicklungen und Herausforderungen	4
2. Identität, Lebensgefühl und gesellschaftliche Stimmung in Rheinland-Pfalz	6
Eine positive Grundstimmung prägt Rheinland-Pfalz	6
Ländliche Prägung als Wurzel der positiven Identität der Rheinland-Pfälzer_innen	7
Gesellschaftliche Orientierungen in Rheinland-Pfalz	7
Die Kehrseite der ländlichen Ruhe	9
Zufriedenheit mit der Landesregierung ohne Euphorie	9
Alltagsthemen erklären den Mangel an Euphorie in der politischen Bewertung	11
3. Die wichtigsten rheinland-pfälzischen Zukunftsthemen	12
Lebenshaltungskosten und Austauschräume als dominierende Alltagsthemen jenseits der quantitativen Priorisierung	14
Lebensbedingungen in Stadt und Land	15
Wirtschaft, Betriebe und Arbeitsplätze	17
Kinderbetreuung und Bildung	18
Ärztliche Versorgung	20
Migration und Integration	20
4. Fazit	22
Literaturverzeichnis	24
Abbildungsverzeichnis	24

Vorwort

Menschen, die gemeinsam Feste feiern. Menschen, die in Vereinen und im Ehrenamt tagtäglich Demokratie und Gemeinschaft leben. Menschen, die sich in Krisenzeiten unterhaken und zusammenhalten. Denkt man an Rheinland-Pfalz, kommen uns Bilder von Geselligkeit in den Sinn. Mit dieser Studie wollen wir genauer in das Bundesland eintauchen: Was macht das Leben in Rheinland-Pfalz aus? Welche Themen sind den Rheinland-Pfälzer_innen wichtig? Wo sehen die Bürger_innen in den unterschiedlichen Regionen politischen Handlungsbedarf? Welche Politikvorschläge und -ideen haben die Bürger_innen vielleicht sogar konkret? Und: Was hält Rheinland-Pfalz zusammen?

Antworten auf diese Fragen können in unserer Studie, die die pollytix strategic research gmbh in unserem Auftrag durchführte, gefunden werden. Rheinland-Pfalz ist ein Flächenbundesland mit wirtschaftlichem Erfolg, Innovationskraft und einem hohen sozialen Wohlstand. Damit dies in Zukunft weiter Bestand hat, finden sich auf den folgenden Seiten zahlreiche Impulse für Gemeinschaft und Teilhabe in Rheinland-Pfalz.

Die positiven Botschaften vorab: Die Menschen leben sehr gern in Rheinland-Pfalz. Die rheinland-pfälzische Bevölkerung ist vergleichsweise weltoffener als diejenige in anderen Bundesländern. Solidarität ist ein Grundwert, der in den durchgeführten Fokusgruppen bemerkenswert deutlich zum Vorschein kam.

Bei bestimmten Alltagsthemen können die Bürger_innen klar benennen, wo ihnen der Schuh drückt und was sie dabei von der Politik erwarten. Besondere Aufmerksamkeit sollte folgender Befund bekommen: Die oben beschriebene Zugehörigkeit und Verbundenheit empfinden nicht alle Menschen im Bundesland. Von unterschiedlichen Gruppen wird das Gefühl der Einsamkeit beschrieben. Einsamkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, da sie auch zur Demokratiedistanz führen kann. Eine Gesellschaft, die sich verbunden fühlt, kann besser miteinander an Verbesserungen arbeiten. Hier gilt es vorhandene Angebote auszubauen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung will mit der Studie einen öffentlichen Diskurs anstoßen und eine Ableitung von politischen und gesellschaftlichen Handlungsempfehlungen ermöglichen. Womit lassen sich die Lebensbedingungen auf dem Land und in der Stadt verbessern? Wie können die beleuchteten Bedarfe in politischen Konzepten für gute Arbeit und eine starke Wirtschaft abgedeckt werden? Wo muss bildungspolitisch noch nachgefeilt werden? Welches Gesundheitssystem wünschen sich die Menschen in Rheinland-Pfalz, um gut versorgt zu sein? Aufschlussreich sind die Ergebnisse der hier vorliegenden Studie auch deshalb, weil sie die Möglichkeit eines Vergleichs mit den Resultaten einer bereits im Jahr 2021 durchgeführten Forschung zu „Stadt – Land – Gut?“ (Faus/Hartl 2021) ermöglicht.

Wir wollen Entscheidungsträger_innen – auch innerhalb der neuen Regierung – einladen, auf Grundlage dieser Befunde politische Maßnahmen zu entwickeln. Die FES will zudem auf den Erkenntnissen basierend als Akteurin ihre politische Bildungs- und Beratungsarbeit zur Demokratieförderung zielgruppengerecht weiterentwickeln und regional schärfen. Die Studie soll der Überprüfung der Schwerpunktsetzung und der Fortentwicklung der Aktivitäten auf inhaltlicher, methodischer und kommunikativer Ebene des Regionalbüros dienen – und auch andere politische Bildner_innen anregen, anhand der Impulse die eigene Arbeit weiterzudenken.

Was hält Rheinland-Pfalz zusammen? Wir hoffen, dass unsere Impulse für Gemeinschaft und Teilhabe gute Ideen und Konzepte anregen.

Ellen Diehl
Friedrich-Ebert-Stiftung
Leiterin des Regionalbüros Rheinland-Pfalz | Saarland

1. Einleitung: Rheinland-Pfalz im Spannungsfeld zwischen Entwicklungen und Herausforderungen

Laut dem 2025er-Glücksradar gehören die Rheinland-Pfälzer_innen wieder zu den zufriedensten Menschen in Deutschland (Raffelhüschen & Renz, 2025). Und dies, obwohl sich das Bundesland in einer Phase tiefgreifender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungen befindet. Ende 2024 lebten 4.129.569 Personen in Rheinland-Pfalz, so viele wie nie zuvor seit der Landesgründung (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2025). Haupttreiber dieses Bevölkerungswachstums ist ein positiver Wanderungssaldo: Im Jahr 2024 zogen rund 22.100 Personen mehr nach Rheinland-Pfalz, als das Land über die Landesgrenzen hinweg verließen. Das Wachstum unterstreicht die Attraktivität des Bundeslandes als Lebens- und Arbeitsort.

Diese Attraktivität von Rheinland-Pfalz speist sich aus mehreren strukturellen Stärken. Als wirtschaftlich starkes Flächenbundesland mit hoher Innovationskraft und sozialem Wohlstand zieht es Menschen aus ganz Deutschland an. Die Wirtschaftsstruktur ist breit diversifiziert: Insbesondere die Chemie-, Maschinenbau- und Logistikbranche beschäftigen zahlreiche Menschen und prägen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes. Zusätzlich profitiert Rheinland-Pfalz von seiner zentralen Lage in Europa. Die Nähe zu Frankreich, Luxemburg und Belgien macht das Bundesland zu einem Raum gelebter europäischer Verflechtung im Alltag von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft.

Trotz dieser Stärken steht das Bundesland zunehmend unter Druck: Ähnlich wie bundesweit schrumpfte auch in Rheinland-Pfalz die Wirtschaftsleistung im Jahr 2024 bereits das dritte Jahr in Folge, wenn auch weniger stark als in den Jahren zuvor (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2025). Der demografische Wandel und die fortschreitende Digitalisierung verändern Gesellschaft und Arbeitswelt bereits spürbar. Laut dem Fachkräftereport 2025 der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz zählt der Fachkräftemangel zu den größten Geschäftsrisiken für Unternehmen im Land. Trotz nur leicht schwankender Arbeitslosenquote ist die Zahl der Auszubildenden gesunken. Die Zahl der Unternehmen, die ausbilden, geht zurück. Dies ist ein deutliches Indiz für Engpässe im Nachwuchsbereich. Die Nachwuchskräfte in einer Ausbildung sind zudem Belastungen ausgesetzt, die es zu beseitigen gilt, um gute Arbeit zu gewährleisten (DGB-Ausbildungsreport Rheinland-Pfalz 2024). Hinzu kommen die ökologischen und ökonomischen Folgen der Klimakrise, die Auswirkungen des Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie anhaltende Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie. Diese Entwicklungen wirken sich unmittelbar auf den Arbeitsmarkt, die

Lebenshaltungskosten, das öffentliche Zusammenleben und den Alltag der Menschen aus.

Diese gesellschaftlichen Herausforderungen gehen mit hohen Erwartungen an politische Gestaltung einher. Insbesondere dort, wo staatliche und kommunale Leistungen für die Bürger_innen unmittelbar erfahrbar werden. Politik zeigt sich im Alltag der Menschen vor allem in den rund 2.400 Kommunen des Landes, in denen die Qualität öffentlicher Dienstleistungen konkret erlebbar wird. In diesen Kommunen unterscheiden sich die Anforderungen an Lebensqualität, Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge deutlich zwischen städtischen und ländlichen Räumen. Ähnlich wie im bundesweiten Trend ziehen Bewohner_innen aus den kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz ins Umland (Suburbanisierung). Ländliche Regionen gewinnen dadurch an Bevölkerung. Diese räumlichen Verschiebungen verändern regionale Strukturen und verstärken unterschiedliche Bedürfnisse im Bundesland, etwa in Bezug auf Mobilität, Wohnen, Versorgung und soziale Infrastruktur. Eine der größten Herausforderungen für die Landespolitik ist damit die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen unter veränderten demografischen und räumlichen Rahmenbedingungen für alle Rheinland-Pfälzer_innen.

Die Bewältigung dieser Herausforderungen wie auch die Nutzung der damit verbundenen Chancen erfordern eine breite gesellschaftliche Unterstützung. Die sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn sie von intensiver lokaler Teilhabe begleitet wird und gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt wird. Vertrauen und Akzeptanz bilden dabei zentrale Voraussetzungen für gelingende Mitgestaltung. Politische Handlungsfähigkeit hängt also in besonderem Maße davon ab, welche unterschiedlichen Alltagsthemen die Bevölkerung prägen, wie die Rheinland-Pfälzer_innen ihre eigenen Lebensbedingungen wahrnehmen, welche Erwartungen sie davon ableitend an die Politik richten und wo sie den dringendsten Handlungsbedarf sehen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund unterschiedlicher Alltagsanforderungen in städtischen und ländlichen Räumen, die Lebensqualität, Teilhabe und Zukunftsperspektiven auf jeweils eigene Weise prägen.

Hier setzt die vorliegende Studie von pollytix strategic research gmbh an, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben wurde und die als Grundlage für die politische Bildungs- und Beratungsarbeit sowie als Handlungsempfehlung für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungsträger_innen dient. Sie untersucht, wie

die Rheinland-Pfälzer_innen ihre Lebenssituation bewerten, wie sie auf Politik blicken und welche Themen aus ihrer Sicht für die Zukunft des Landes besonders relevant sind. Um diese unterschiedlichen Wahrnehmungen und Anforderungen angemessen abzubilden, kombiniert die Studie qualitative und quantitative Methoden.

Grundlage ist ein mehrstufiges Forschungsdesign, bestehend aus acht qualitativen Online-Fokusgruppen sowie einer repräsentativen quantitativen Bevölkerungsbefragung. Die qualitativen Fokusgruppen wurden zwischen dem 19. und 26. November 2025 als Online-Videokonferenzen durchgeführt und dauerten jeweils rund 120 Minuten. Eine Fokusgruppe richtete sich gezielt an junge Menschen unter 21 Jahren, um die spezifischen Perspektiven dieser Altersgruppe in Rheinland-Pfalz vertieft zu erfassen. Die weiteren sieben Fokusgruppen wurden regional differenziert durchgeführt (Diez/Nassau, Landkreis Kusel, Landau/Südpfalz, Vulkaneifel, Zweibrücken/Südwestpfalz, Alzey/Worms sowie Trier), um unterschiedliche regionale Lebensrealitäten systematisch berücksichtigen zu können.

Die regionale Auswahl orientierte sich dabei an den im Disparitätenbericht 2023 identifizierten Raumtypen sozioökonomischer Entwicklung (Heider et al. 2023). Der Großteil der ausgewählten Regionen gehört dem Raumtyp „Deutschlands solide Mitte“ an: jenen Kreisen und Städten, die sich durch eine insgesamt stabile, weder stark prosperierende noch strukturell stark benachteiligte Lage auszeichnen. Da Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich überwiegend diesem Raumtyp zuzuordnen ist, ermöglicht diese Fokussierung eine realitätsnahe Abbildung der landestypischen Lebensverhältnisse.

Ergänzend wurden mit Trier und Zweibrücken zwei altindustriell geprägte Städte mit strukturellen Herausforderungen einbezogen. Diese stehen exemplarisch für Regionen, in denen wirtschaftlicher Strukturwandel und demografische Dynamiken besondere Bedeutung gewinnen. Durch diese bewusste Kombination konnten sowohl stabile als auch stärker unter Druck stehende regionale Kontexte berücksichtigt und in ihren jeweiligen Auswirkungen auf Alltagswahrnehmungen und politische Erwartungen vergleichend analysiert werden.

Ergänzend zu diesen qualitativen individuellen Beschreibungen und Aussagen wurde zwischen dem 29. Oktober und 12. November 2025 eine repräsentative quantitative Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Die quantitative Befragung basiert auf einer Stichprobe von $n = 1.254$ deutschen Rheinland-Pfälzer_innen ab 18 Jahren. Die Befragung setzt sich aus einer Telefonstichprobe ($n = 500$, CATI-Methode, ADM-Festnetzstichprobe) und einer Onlinestichprobe ($n = 754$, CAWI-Methode, quotierte Stichprobenziehung aus Online-Access-Panel) zusammen. Die durchschnittliche Befragungsdauer lag bei 15 Minuten. Zur Gewährleistung der Repräsentativität wurden die Daten nach amtlicher Statistik gewichtet.

Entwicklungen nach dem 12. November konnten also keine Beachtung in der Studie finden. Alle hier beschriebenen Zufriedenheitswerte basieren auf dem Zeitpunkt im Oktober/November 2025.

2. Identität, Lebensgefühl und gesellschaftliche Stimmung in Rheinland-Pfalz

Um das Land als Lebens- und Sozialraum zu verstehen, ist es wichtig, sowohl die Identität der Rheinland-Pfälzer_innen als auch ihre Wahrnehmung der gesellschaftlichen Stimmung und des Zusammenhalts im Bundesland in den Blick zu nehmen.

Eine positive Grundstimmung prägt Rheinland-Pfalz

Die gesellschaftliche Stimmung in Rheinland-Pfalz ist insgesamt von Zufriedenheit, Ruhe und Stabilität geprägt. Sowohl die qualitativen Fokusgruppen als auch die quantitative Befragung zeigen, dass Rheinland-Pfalz kein Bundesland der Zuspitzung oder des offenen Politikverdrossens ist. Vielmehr erleben die Menschen ihren Alltag als lebenswert und bewerten die politische Situation recht wohlwollend – allerdings ohne große Euphorie.

Diese positive Grundhaltung erklärt sich nicht allein aus der aktuellen politischen Lage, sondern ist eng mit dem Selbstbild und der Identität der Rheinland-Pfälzer_innen verknüpft. Die qualitative Forschung zeigt, dass viele Menschen im Land ein positives Bild von sich selbst und ihren Mitmenschen haben. Rheinland-Pfälzer_innen beschreiben sich häufig als bodenständig, freundlich, offen und gesellig. Dieses Selbstverständnis bildet eine wichtige emotionale Grundlage für die ruhige und ausgeglichene Stimmung im Land. Die qualitativen Befunde werden durch die quantitative Befragung gestützt. Die Teilnehmenden wurden gefragt, wie sie Rheinland-Pfälzer_innen im Vergleich zur übrigen Bevölkerung Deutschlands wahrnehmen. Am häufigsten genannt wurden die Eigenschaften „offener“, „freundlicher“, „glücklicher“ und „entspannter“, aber auch Zuschreibungen wie „geselliger“, „gelassener“ und „ländlicher“. Insgesamt zeigt sich ein deutlich positives Selbstbild der Rheinland-Pfälzer_innen sowie eine hohe Identifikation mit den Menschen im eigenen Bundesland.

Abb. 1

Selbstbild der Rheinland-Pfälzer_innen

Bitte vervollständigen Sie folgenden Satz mit einem Wort: Im Vergleich zum Rest von Deutschland sind wir in Rheinland-Pfalz viel ...



Basis: alle Bürger_innen. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe
Datengrundlage: November 2025

Ländliche Prägung als Wurzel der positiven Identität der Rheinland-Pfälzer_innen

Eine zentrale Wurzel dieses positiven Selbstbildes liegt in der ländlichen Prägung des Bundeslandes. Die qualitativen Ergebnisse zeigen, dass die Identität der Rheinland-Pfälzer_innen stark durch die naturnahe, ländliche Prägung des Bundeslandes beeinflusst ist. Diese Struktur wird zwar ambivalent mit Vor- und Nachteilen wahrgenommen, insgesamt aber spielen Natur, Landschaft und Überschaubarkeit für viele Menschen eine zentrale Rolle im Alltag. Das Lebensgefühl wird in den Fokusgruppen über verschiedene Regionen hinweg nahezu durchgängig als ausgeglichen und ruhig beschrieben – ein Befund, der sich bereits seit 2021 stabil zeigt (vgl. Faus/Hartl 2021).

„Es ist abwechslungsreich, wenn man möchte: Man hat Kulturangebote vor der Nase, aber gleichzeitig ist da diese schöne Natur und Ruhe.“

Männlich, ländlich, 41–50 Jahre

„Ich würde sagen, das Lebensgefühl ist behütet: Es ist wenig los, aber im positivsten Sinne.“

Männlich, städtisch, 18–30 Jahre

In den Fokusgruppen über verschiedene Regionen hinweg beschrieben die Teilnehmenden ihr Bundesland als lebenswert und entschlunigt. Oft vergleichen die Rheinland-Pfälzer_innen ihren jeweils spezifischen Lebensort bewusst mit Großstädten (insbesondere Frankfurt und Berlin) und empfinden ihn als weniger hektisch und menschlicher. Mehrere Teilnehmende berichteten zudem, dass sie sich ganz bewusst für ein Leben in ländlicheren Regionen Rheinland-Pfalz entschieden haben. Die ländliche Struktur wird dabei überwiegend als Qualitätsmerkmal und deutlich seltener als Defizit wahrgenommen.

„Ich bin Flugbegleiterin und viel in Frankfurt, wenn ich gejetlagged nach Hause komme, muss ich erst mal ausschlafen und kann dann aber richtig in der Natur auftanken.“

Weiblich, ländlich, 51–60 Jahre

Gesellschaftliche Orientierungen in Rheinland-Pfalz

Zur Identität vieler Rheinland-Pfälzer_innen gehört neben Geselligkeit und Bodenständigkeit auch ein Selbstverständnis als vergleichsweise offenes Bundesland. Wie sich diese Offenheit gesellschaftlich verteilt und unterschiedlich ausprägt, zeigt die im Rahmen der Studie vorgenommene Bevölkerungssegmentierung. Diese wurde entlang der Einstellungen im Themenbereich Migration und Multilateralismus vorgenommen. Die Segmentierung basiert auf vorangegangener Forschung (Faus/Storks 2019) und wurde bereits in mehreren Studien erfolgreich repliziert (siehe z. B. Hartl/Faus 2020; Faus/Ickstadt 2020; Faus et al. 2021, Schulz/Ickstadt/Faus 2024). Die Segmentierung hat sich dabei als effektives Instrument erwiesen, um die Bevölkerung im Hinblick auf gesellschaftliche Fragmentierung in verschiedene Gruppen zu unterteilen.¹ Neben einer eher weltoffen-pluralistischen Gruppe, die Zuwanderung weitgehend befürwortet, und einer eher national-traditionellen Gruppe, die Zuwanderung weitgehend ablehnt, gibt es eine breite Mitte, welche die verschiedenen Facetten von Zuwanderung ambivalent bewertet und sich weniger deutlich positioniert.

Zu dieser „beweglichen Mitte“ gehören in Rheinland-Pfalz 43 Prozent der Bevölkerung. Auf die beiden anderen Gruppen, die „weltoffen Orientierten“ und die „national Orientierten“, fallen 28 bzw. 29 Prozent. Sie sind damit in Rheinland-Pfalz etwa gleich groß.

Im Vergleich zu Erhebungen in Hamburg, Sachsen, Brandenburg oder Berlin (Schulz/Ickstadt/Faus 2024; Faus/Bernhard 2023; Faus et al. 2024; Faus et al. 2021) zeigt sich Rheinland-Pfalz als etwas weltoffeneres Bundesland. Bundesweit sind 17 Prozent der Gruppe der „weltoffen Orientierten“ zuzuordnen, 47 Prozent der „beweglichen Mitte“ und 36 Prozent den „national Orientierten“ (Hagemeyer et al. 2025). Vergleicht man die Werte mit den ostdeutschen Flächenländern Sachsen und Brandenburg, verdeutlicht sich in Rheinland-Pfalz ebenfalls ein deutlich weltoffeneres Bild. Im Vergleich zu den beiden genannten Stadtstaaten ist Rheinland-Pfalz hingegen etwas stärker national orientiert.²

¹ Zur Segmentierung wurden vier Items genutzt, die zur Bildung einer Skala in Form eines Mittelwertindex verwendet wurden. Auf einer Elf-Punkt-Skala wurde dabei die Zustimmung zu den folgenden Aussagen abgefragt:

- (1) „Deutschland und die anderen EU-Länder sollten wieder mehr Entscheidungen alleine treffen dürfen.“
- (2) „Die Mitgliedschaft in der EU bringt Deutschland mehr Vorteile als Nachteile.“ (umgepolt)
- (3) „Statt auf das große Ganze zu schauen, wird sich in Deutschland zu viel um Minderheiten gekümmert.“
- (4) „Durch die vielen Ausländer fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.“

² Siehe Hagemeyer/Ickstadt/Faus/Arnold/Schläger/Engels 2025: „weltoffen Orientierte“ (17 Prozent), „bewegliche Mitte“ (47 Prozent), „national Orientierte“ (36 Prozent); siehe Schulz/Ickstadt/Faus 2024 für Vergleichswerte zu Hamburg: „weltoffen Orientierte“ (40 Prozent), „bewegliche Mitte“ (42 Prozent), „national Orientierte“ (18 Prozent); Faus/Bernhard 2023 für Vergleichswerte zu Sachsen für 2023: „weltoffen Orientierte“ (19 Prozent), „bewegliche Mitte“ (41 Prozent), „national Orientierte“ (40 Prozent); siehe Faus et al. 2024 für Vergleichswerte zu Brandenburg für 2023: „weltoffen Orientierte“ (19 Prozent), „bewegliche Mitte“ (41 Prozent), „national Orientierte“ (40 Prozent).

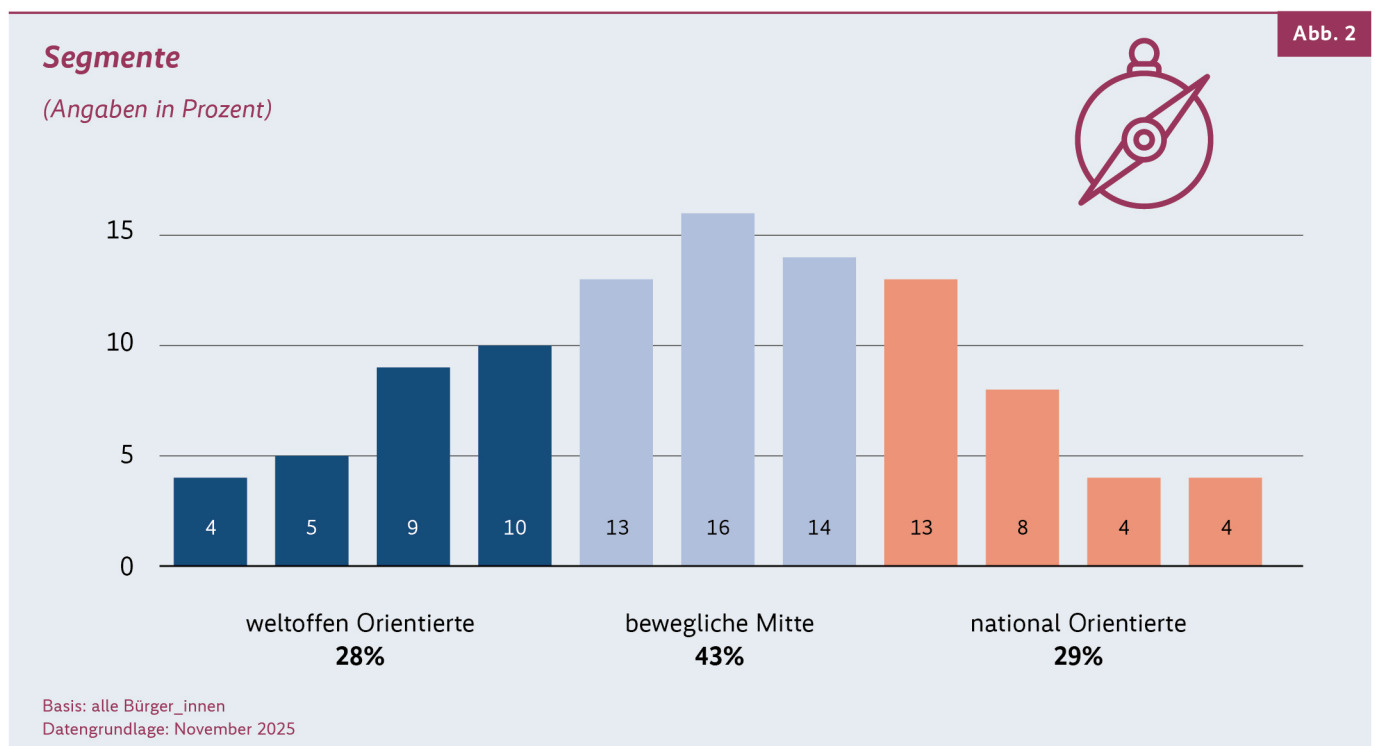
Die Segmente unterscheiden sich in ihrer demografischen Zusammensetzung: Während das weltoffene Segment eher weiblich, jünger, formal hochgebildet und seltener unter finanziellem Druck steht, sind Rheinland-Pfälzer_innen mit nationaler Orientierung eher männlich, mittelalt, mit niedriger formaler Bildung und stehen eher unter finanziellem Druck. Die bewegliche Mitte entspricht mit Blick auf die soziodemografische Zusammensetzung dem Durchschnitt. Zudem zeigt sich ein geringer Unterschied zwischen Stadt und Land: In den urbanen Zentren Rheinland-Pfalz' gibt es mehr weltoffenen Orientierte, während auf dem Land etwas mehr national Orientierte leben. In beiden Fällen ist die bewegliche Mitte aber jeweils die größte Gruppe.

Die Fokusgruppen bestätigen dieses Bild der Weltoffenheit grundsätzlich, weisen jedoch auch auf regionale Nuancen hin. In stärker ländlich geprägten Regionen wird deutlich, dass die Menschen teilweise heimatbezogen und gleichzei-

tig veränderungs-skeptisch eingestellt sind. Die eigene Region wird hier nicht nur als Rückzugsort, sondern auch als Schutzraum beschrieben. Sie gilt als ein Ort, „an dem noch alles funktioniert“, häufig auch in Abgrenzung zu anderen Regionen Deutschlands, die als dysfunktional wahrgenommen werden. In diesen Regionen ist die Grundstimmung stärker sicherheitsorientiert geprägt; es zeigen sich deutlichere Abgrenzungsbedürfnisse gegenüber Großstädten, Migration und gegenüber gesellschaftlichem Wandel insgesamt.

„Wir sind bewusst in ein Dorf mit nur einer Straße gezogen. Wir wollen hier keine Kriminellen, wir wollen unsere Kinder in Sicherheit großziehen. Das geht in den meisten Teilen von Deutschland nicht mehr.“

Weiblich, ländlich, 51-60 Jahre



Die Kehrseite der ländlichen Ruhe

So stabilisierend die ländliche Prägung und das positive Selbstbild für das Lebensgefühl vieler Rheinland-Pfälzer_innen ist, zeigt sich parallel auch eine Kehrseite der ländlichen Struktur. Das Bedürfnis nach Geselligkeit, Austausch und gemeinschaftlichem Erleben ist tief im Selbstverständnis der Menschen verankert, stößt jedoch strukturell zunehmend an Grenzen. In einigen Regionen fehlt es an niedrigschwelligen, bezahlbaren und offenen Begegnungsorten.

„Ich wünsche mir Angebote, wo ich mit meinen Freunden zusammenkommen kann, ohne dass das mein Budget sprengt.“

Weiblich, ländlich, 18–30 Jahre

„Wenn nur ein Schulbus am Tag fährt, kann man sich schon sehr abgeschieden vom Rest der Welt fühlen.“

Weiblich, ländlich, 51–60 Jahre

In den Fokusgruppen berichten Teilnehmende davon, dass Freizeitangebote ausdünnen, Dorfgaststätten schließen und die klassische Vereinskultur an Bindekraft verliert oder nicht für alle Bevölkerungsgruppen, beispielsweise Zugezogene, offen ist. Zusammenkünfte verlagern sich zunehmend in den privaten Raum, was insbesondere für Menschen ohne gewachsene Netzwerke problematisch ist. Die Erfahrung berührt unterschiedliche Gruppen in unterschiedlicher Weise: Jüngere Menschen verweisen auf fehlende kostengünstige Treffpunkte, ältere Menschen auf zunehmende Einsamkeit und Zugezogene auf Schwierigkeiten, Anschluss zu finden.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die grundsätzlich positive Grundstimmung nicht mit gesellschaftlicher Sorglosigkeit gleichzusetzen ist. Vielmehr wird sie von konkreten Alltagsbelastungen überlagert, die je nach Lebenslage unterschiedlich ausfallen. Diese unterschiedlichen Alltagsprobleme erklären, warum trotz solider Lebenszufriedenheit dennoch Baustellen für die Zukunft offen sind.

Zufriedenheit mit der Landesregierung ohne Euphorie

Das qualitative Gefühl der „Zufriedenheit ohne Euphorie“ spiegelt sich auch in Zahlen wider: Eine Mehrheit von 48 Prozent der Rheinland-Pfälzer_innen ist eher oder sehr zufrieden mit der Arbeit der Landesregierung. Bewertet wurde hierbei die bis 2026 regierende Koalition aus SPD, Grünen und FDP. Die Zufriedenheitswerte fallen damit sehr ähnlich zum RLP-Monitor aus, der nach der Zufriedenheit mit der Landesregierung in der Wahlperiode 2021–2025

fragt (vgl. RLP-Monitor 2025). Fast ein Drittel der hier Befragten zeigt sich hingegen eher oder völlig unzufrieden.

Beim finanziellen Druck zeigt sich, dass diejenigen mit weniger Druck deutlich zufriedener mit der früheren Landesregierung sind als diejenigen, die ihre aktuelle finanzielle Lage eher oder sehr schwierig finden. Hier ist eine Mehrheit von 50 Prozent eher oder völlig unzufrieden mit der Landesregierung.

Auch die Segmente nehmen die Regierungsarbeit sehr unterschiedlich wahr. 70 Prozent der weltoffenen Orientierten, 53 Prozent der beweglichen Mitte, aber nur 24 Prozent der national Orientierten zeigen sich zufrieden mit der Arbeit der früheren Landesregierung.

Auffällig ist, dass die von 2021 bis 2026 regierende Landesregierung häufig im Vergleich zur Bundesregierung – insbesondere zur sogenannten Bundes-Ampelregierung – betrachtet wird und dabei tendenziell positiver abschneidet. Die Ampelregierung im Bundesland scheint im Kontrast zur letzten Bundesregierung geräusch- und reibungslos zu funktionieren. Die Befragten benennen jedoch nur selten konkrete politische Entscheidungen, die sie als besonders gelungen oder misslungen wahrnehmen. Vielmehr dominiert der Eindruck, dass die Landesregierung ihre Arbeit zufriedenstellend erledige, solange sie nicht negativ auffällt. Die Landesregierung wird zum Zeitpunkt der Erhebung entsprechend überwiegend sachlich-neutral wahrgenommen.

Die Landtagswahl im März 2026 endete dennoch mit einer Abwahl der Ampelregierung in Rheinland-Pfalz. Alle drei Regierungsparteien (SPD, Grüne und FDP) verlieren gegenüber der letzten Landtagswahl an Zustimmung. Die Wahlkampf-Effekte, die hier zwischen November 2025 und März 2026 auftraten, konnten in der Studie nicht vorausgesehen werden.

„Ich denke, solange man nichts hört, machen sie ihre Sache ganz gut.“

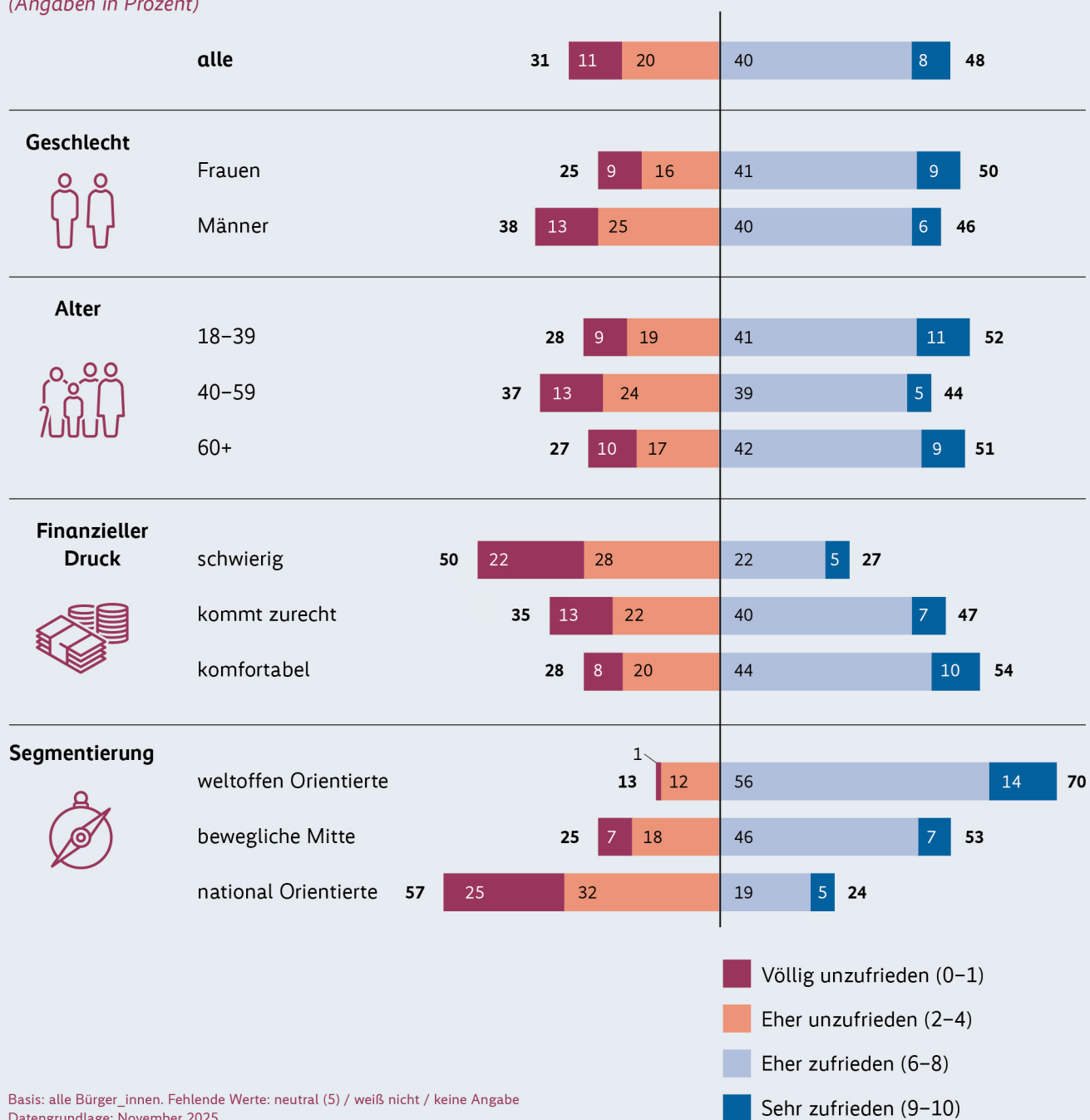
Männlich, städtisch, 31–40 Jahre

Rheinland-Pfalz gilt unter den Befragten als wirtschaftlich solides und insgesamt gut dastehendes Bundesland. Gleichzeitig fällt es den Fokusgruppenteilnehmenden schwer, eine klare langfristige politische Vision des Landes zu benennen. Kritik an der Landesregierung richtet sich nur selten gegen Persönlichkeiten oder gegen Parteipolitik, sondern eher diffus gegen wahrgenommene strukturelle Versäumnisse, die jedoch häufig nicht konkretisiert werden können (↗ [Abb. 3 auf Seite 10](#)).

Zufriedenheit mit der Landesregierung

Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit der Landesregierung in Rheinland Pfalz?

(Angaben in Prozent)



Alltagsthemen erklären den Mangel an Euphorie in der politischen Bewertung

Besonders deutlich zeigt sich die Ambivalenz aus grundsätzlicher Zufriedenheit und fehlender Zukunftseuphorie in der Perspektive junger Menschen. Für sie stehen steigende Lebenshaltungskosten im Zentrum der Alltagserfahrungen. Hohe Preise für Lebensmittel, Mobilität und Freizeit sowie insbesondere die Kosten für den Führerschein werden in den Fokusgruppen ohne Hinführung durch die Moderation genannt und als zentrale Hürden für gesellschaftliche Teilhabe wahrgenommen. Hinzu kommen Sorgen um bezahlbares Wohnen und berufliche Perspektiven. Der Zukunftsblick einiger junger Rheinland-Pfälzer_innen ist entsprechend verunsichert und von Aufstiegszweifeln geprägt.

„Also ich habe hier in Trier studiert, vielleicht mache ich auch noch den Master, aber ich sehe jetzt für mich keine spannenden Jobs in der Region. Ich bin nicht an Rheinland-Pfalz gebunden.“

Männlich, städtisch, 18–30 Jahre

Auch wenn die quantitativen Ergebnisse zeigen, dass junge Menschen die Arbeit der Landesregierung insgesamt eher positiv bewerten, ermöglichen die qualitativen Fokusgruppen eine differenziertere Einordnung. Politik wird von ihnen vor allem danach beurteilt, ob sie spürbare Entlastung im Alltag schafft oder bestehende Belastungen verstärkt. Die Landespolitik wird dabei nicht aktiv kritisiert, aber auch nicht präsent wahrgenommen.

Diese Muster zeigen sich auch in anderen Bevölkerungsgruppen. Insgesamt äußern sich die qualitativ Befragten überwiegend zufrieden mit ihren Lebensbedingungen in Rheinland-Pfalz und beschreiben die Landesregierung als ruhig und funktionierend. Erst bei vertiefender Nachfrage nach konkreten Alltagsherausforderungen treten Unterschiede je nach Lebenslage zutage: Menschen im ländlichen Raum berichten von Herausforderungen in den Bereichen Mobilität, Infrastruktur und medizinische Versorgung. Eltern und Familien thematisieren Belastungen im Bildungsbereich, insbesondere durch Personalmangel und Unterrichtsausfälle. Ältere Menschen verweisen auf zunehmende soziale Isolation. Über alle Gruppen hinweg ziehen sich ökonomische Sorgen als verbindendes Thema, vor allem mit Blick auf Lebenshaltungs-, Wohn- und Energiekosten sowie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Insgesamt ergibt sich ein einheitliches Bild: Rheinland-Pfalz wird als lebenswertes, ruhiges und sozial stabiles Bundesland wahrgenommen. Die Identität der Menschen ist geprägt von Geselligkeit, Naturverbundenheit und einem positiven Selbstbild. Gleichzeitig stehen viele Rheinland-Pfälzer_innen unter einem gewissen Alltagsdruck. Die gesellschaftliche Stimmung ist daher weniger von Euphorie als von einer nüchternen Zufriedenheit geprägt, die Stabilität schätzt, aber konkrete Verbesserungen im Alltag erwartet.

Das folgende Kapitel greift diese Handlungsfelder auf und analysiert sie entlang zentraler Politikfelder vertieft.

3. Die wichtigsten rheinland-pfälzischen Zukunftsthemen

In den Fokusgruppen wie auch in der quantitativen Befragung zeigen sich die politischen Handlungsbedarfe vor allem dort, wo politische Entscheidungen unmittelbar den Alltag berühren. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die qualitative Diskussion zunächst von einer grundsätzlichen Zufriedenheit geprägt war: Viele Teilnehmende beschrieben ihre persönliche Lebenssituation und das Leben in Rheinland-Pfalz insgesamt als stabil und funktionierend. Konkrete Problemlagen mussten im Gespräch häufig erst vertieft herausgearbeitet werden. Durch gezieltes Nachfragen nach Belastungen, Einschränkungen oder Zukunftssorgen wurden jene Themen sichtbar, die im Alltag tatsächlich als herausfordernd erlebt werden.

In der quantitativen Priorisierung rangiert mit 21 Prozent der Wunsch nach wirksamen Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen an erster Stelle. In den Fokusgruppen zeigte sich jedoch, dass dieses Thema nur für wenige Teilnehmende eine unmittelbare Alltagsrelevanz besitzt. Es wird eher als übergeordnetes ordnungspolitisches Anliegen verhandelt, weniger als konkrete persönliche Betroffenheit beschrieben. Deutlich alltagsnäher diskutiert wurden hingegen Fragen der Lebenshaltungskosten, der Mobilität, der Schulbildung oder der wirtschaftlichen Perspektiven.

Es folgen in der quantitativen Befragung Klima- und Umweltschutz sowie gute Bedingungen für Firmen und Betriebe (jeweils 19 Prozent). Für jeweils 16 Prozent sollten die Sicherstellung guter Schulbildung und Unterrichtsversorgung sowie die öffentliche Infrastruktur mit Straßen und Schienen Priorität haben. Gerade diese Themenfelder wurden in den qualitativen Gesprächen besonders konkret, lebensnah und erfahrungsbasiert beschrieben – sie berüh-

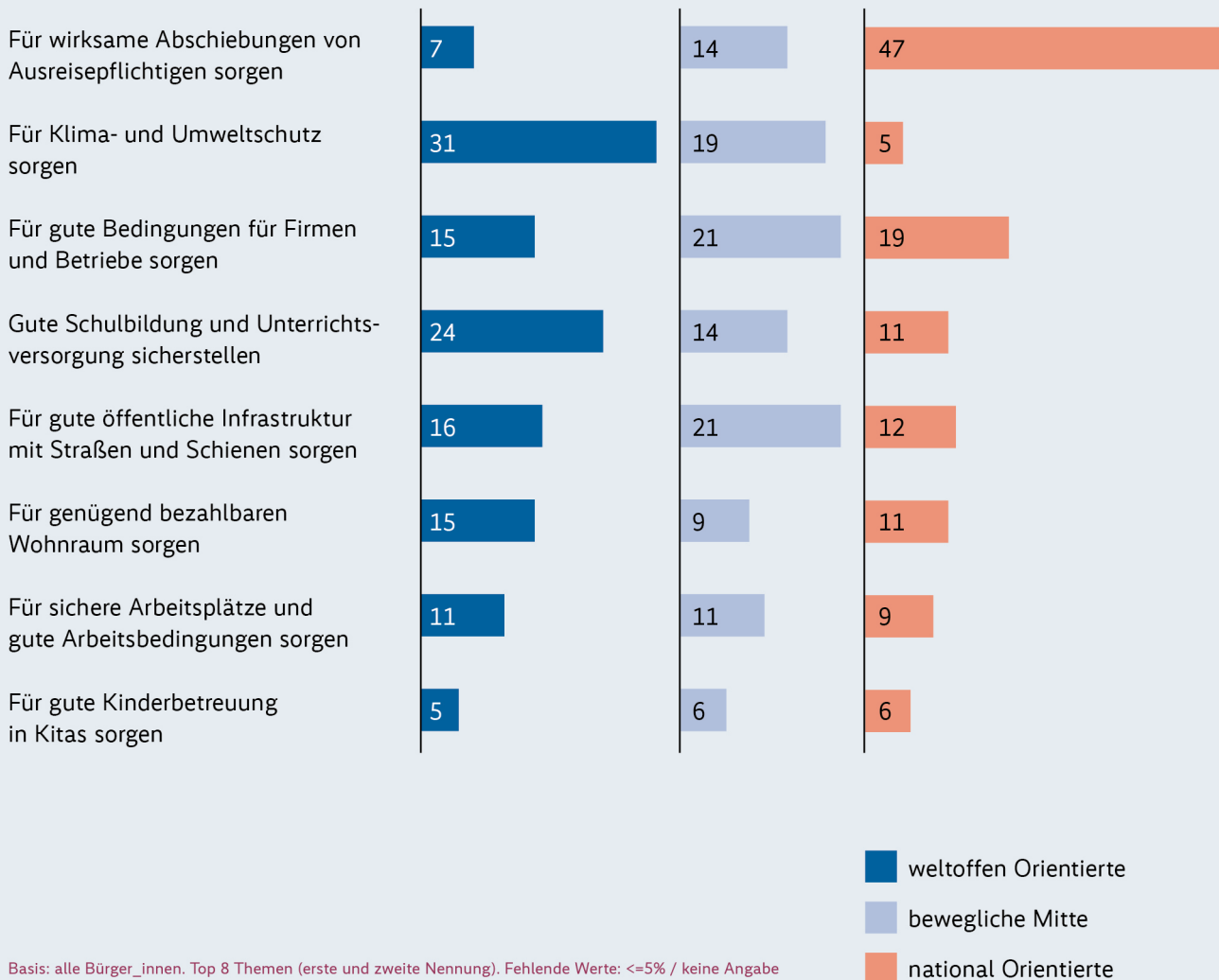
ren den Alltag unmittelbar und prägen das Gefühl von Lebensqualität und Zukunftssicherheit.

Die Themenpräferenz unterscheidet sich dabei stark nach den Segmenten. Vor allem für national Orientierte spielen wirksame Abschiebungen von Ausreisepflichtigen eine enorm wichtige Rolle. 47 Prozent wünschen sich, dass die Landesregierung hierauf oberste Priorität legt. Mit 19 Prozent folgen unter national Orientierten gute Bedingungen für Firmen und Betriebe auf Platz 2. In der beweglichen Mitte fallen die Themenprioritäten uneindeutiger aus. Platz 1 teilen sich die Themenbereiche gute Bedingungen für Firmen und Betriebe sowie gute öffentliche Infrastruktur mit jeweils 21 Prozent, dicht gefolgt vom Thema Umwelt und Klimaschutz mit 19 Prozent. Unter weltoffenen Orientierten hat das Thema Umwelt und Klimaschutz die höchste Priorität mit 31 Prozent. Dahinter folgt gute Schulbildung und Unterrichtsversorgung mit 24 Prozent. Sowohl für die bewegliche Mitte als auch für weltoffene Orientierte spielen wirksame Abschiebungen von Ausreisepflichtigen eine untergeordnete Rolle. Umgekehrt spielen die Themen Klima- und Umweltschutz sowie Schulbildung für die national Orientierten eine untergeordnete Rolle.

Wichtigste Themen für die Landespolitik nach Segmenten

Wenn Sie mal an Ihr eigenes Leben in Rheinland-Pfalz denken. Was ist für Sie persönlich derzeit das wichtigste Thema, auf das die Landespolitik die oberste Priorität legen sollte? Und was ist das zweitwichtigste Thema?

(Angaben in Prozent)



Lebenshaltungskosten und Austauschräume als dominierende Alltagsthemen jenseits der quantitativen Priorisierung

Unabhängig von der quantitativen Priorisierung zeigt sich in den Fokusgruppen sehr deutlich, dass die Lebenshaltungskosten für viele Rheinland-Pfälzer_innen eines der drängendsten Alltagsthemen darstellen. Auch wenn dieses Themenfeld nur begrenzt der unmittelbaren Verantwortung der Landespolitik zugeschrieben wird und daher in der quantitativen Erhebung nicht prominent erscheint, prägt es den Alltag der Rheinland-Pfälzer_innen spürbar.

Genannt werden vor allem steigende Kosten für Lebensmittel, Energie, Wohnen und Mobilität. Viele Teilnehmende berichten von einem wachsenden finanziellen Druck, der sich insbesondere zum Monatsende bemerkbar macht und dazu führt, dass auf Freizeitaktivitäten, Konsum oder soziale Teilhabe verzichtet wird. Die Belastungen unterscheiden sich dabei je nach Lebenslage: Im ländlichen Raum werden häufig Sprit- und Mobilitätskosten als problematisch erlebt, Eltern thematisieren zusätzliche Ausgaben etwa für Schulmaterialien ihrer Kinder, während ältere Menschen Sorgen äußern, langfristig steigende Pflege- und Gesundheitskosten bewältigen zu können.

Besonders stark betroffen zeigen sich junge Rheinland-Pfälzer_innen. Steigende Wohnkosten werden als zentrale Hürde wahrgenommen, um perspektivisch aus dem Elternhaus auszuziehen. Auch Ausgaben für Freizeitaktivitäten werden zunehmend eingeschränkt; selbst alltägliche Treffen, etwa in Cafés, werden als kaum noch finanzierbar beschrieben. Mobilitätskosten stellen dabei eine besondere Belastung dar: Führerschein und erstes Auto gelten vielerorts – insbesondere im ländlichen Raum – als Voraussetzung für Ausbildung, Arbeit und soziale Teilhabe, werden jedoch als kaum zu bewältigende Einstiegskosten erlebt.

„Aktuell lebe ich bei meinen Eltern, einfach weil es günstig ist. Bei mir ist eher das Problem, dass es sehr schwerfällt zu sparen oder Geld anzulegen, die Ausgaben sind ja wirklich durch Inflation mehr geworden. Die Zukunft belastet mich sehr, ich sehe nicht, wie ich mal ausziehen soll, oder mir ein Auto oder einen Urlaub leisten soll.“

Weiblich, ländlich, 18–30 Jahre

Eng verknüpft mit den steigenden Lebenshaltungskosten ist das Thema sozialer Austausch. Über alle Regionen hinweg, besonders jedoch im ländlichen Raum, fehlt es an niedrigschwelligen, bezahlbaren und offenen Begegnungsorten. Freizeitangebote dünnen aus, Dorfgaststätten schließen, die klassische Vereinskultur verliert an Bindekraft oder ist nicht für alle zugänglich. Zusammenkünfte verlagern sich zunehmend in den privaten Raum – mit der Folge, dass Menschen

ohne stabile Netzwerke leichter außen vor bleiben.

Einsamkeit und Rückzugserfahrungen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen stehen in einem deutlichen Spannungsverhältnis zum rheinland-pfälzischen Selbstbild als gesellige, offene und gemeinschaftlich geprägte Gesellschaft. Das Fehlen von Austausch und Begegnung wird nicht nur als individuelles Defizit wahrgenommen, sondern als im Widerspruch zur rheinland-pfälzischen Identität stehend.

Auffällig ist, dass die Problemlagen zwar viele Bevölkerungsgruppen treffen, sich aber unterschiedlich äußern: Junge Menschen erleben fehlende Austauschräume vor allem als Einschränkung spontaner Geselligkeit und sozialer Teilhabe. Sie vermissen kostenfreie oder günstige Orte für spontane Treffen, etwa Jugendzentren, erschwingliche Cafés oder niedrigschwellige Ausgehmöglichkeiten. Ältere Menschen verbinden den Wegfall von Treffpunkten stärker mit Rückzug und Vereinsamung. Zugezogene wiederum berichten von strukturellen Einstiegshürden in bestehende soziale Netzwerke. Entsprechend unterscheiden sich auch die Bedarfe: von offenen Jugend- und Begegnungsorten über quartiersnahe Angebote bis hin zu niedrigschwelligen Formaten, die gezielt Brücken zwischen bestehenden und neuen Gemeinschaften schlagen.

Insgesamt werden soziale Infrastruktur und Austauschräume als zentrale Voraussetzung für Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrgenommen. Entsprechend richten viele Teilnehmende an die Landespolitik die Erwartung, lokale Initiativen und soziale Orte stärker zu unterstützen.

Bemerkenswert ist zugleich, dass individuelle Bedarfsdiskussionen wiederum von einem ausgeprägten solidarischen Grundverständnis geprägt sind. Auch Teilnehmende, die selbst nicht unmittelbar betroffen sind, erkennen die Problemlagen anderer Gruppen an und befürworten unterstützende Maßnahmen. So äußern städtische Teilnehmende Verständnis für Mobilitätsbedarfe im ländlichen Raum, während umgekehrt ländliche Befragte Investitionen in soziale Infrastruktur oder Begegnungsorte in Städten ausdrücklich unterstützen. Ähnlich verhält es sich bei der Diskussion um Mobilität: Forderungen nach Entlastungen beim Führerschein werden häufig auch von Personen getragen, die selbst stärker vom ÖPNV profitieren – einfach, weil allen klar ist: Mobilität trägt zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum Miteinander bei.

Diese solidarische Perspektive verweist auf ein breites Bewusstsein dafür, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht allein durch individuelle Lösungen, sondern durch geteilte Verantwortung und gemeinschaftliche Infrastruktur entsteht. Gerade darin zeigt sich eine Ressource, an die die Landespolitik anknüpfen kann: der Wunsch, Bedingungen zu schaffen, unter denen Begegnung, Teilhabe und Geselligkeit für alle Bevölkerungsgruppen wieder selbstverständlicher werden.

Lebensbedingungen in Stadt und Land

In der quantitativen Befragung wurde neben der Themenrelevanz jeweils auch abgefragt, wie zufrieden die Befragten mit der Arbeit der rheinland-pfälzischen Landesregierung sind. Bewertet wurde hierbei die bis 2026 regierende Koalition aus SPD, Grünen und FDP. Die quantitativen Daten deuten auf eine deutliche Unzufriedenheit bei den Themen öffentliche Infrastruktur und bezahlbarer Wohnraum hin. Knapp zwei Drittel der Rheinland-Pfälzer_innen sind unzufrieden mit der Arbeit der früheren rheinland-pfälzischen Landesregierung, während knapp unter einem Drittel zufrieden ist.

Unterschiede zwischen Stadt und Land lassen sich in der Bewertung quantitativ nicht feststellen. Dabei offenbaren die Fokusgruppen hier durchaus unterschiedliche Beweggründe, warum die einzelnen Aspekte schlecht bewertet werden.

In urbanen Räumen wird der ÖPNV als grundsätzlich nutzbar beschrieben, das Deutschlandticket wird als sinnvolle und entlastende Maßnahme anerkannt. Im Alltag eher verärgert wirkt hier die Parkraumsituation. Ergänzend wird in Städten der Wunsch nach einem stärkeren Ausbau von Fahrradwegen und einer besseren Verknüpfung verschiedener Mobilitätsangebote geäußert.

„Ich finde das Deutschlandticket super. Das wird von meinem Arbeitgeber subventioniert und ich schaue, dass ich alles ausgeglichen nutze: Fahrrad, Öffis und manchmal das Motorrad. Das funktioniert für mich im Alltag gut.“

Männlich, städtisch, 31–40 Jahre

Im ländlichen Raum stellt sich die Situation meist anders dar. Hier wird Mobilität als eines der drängendsten Alltagsprobleme beschrieben. Auto und Führerschein gelten als nahezu alternativlos, während der öffentliche Nahverkehr aufgrund geringer Taktungen und fehlender Anbindungen kaum als praktikable Option wahrgenommen wird. Entsprechend spielt das Deutschlandticket in ländlichen Regionen kaum eine Rolle. Stattdessen richten sich Erwartungen an die Landespolitik vor allem auf bezahlbaren Kraftstoff, erschwingliche Fahrzeuge sowie eine spürbare finanzielle Entlastung beim Führerscheinwerb.

Entlastungen beim Führerschein sind dabei vor allem in der jungen Gruppe essenziell: Die Teilnehmenden wünschen sich Regelungen zur Reduktion der Pflichtfahrstunden, die Möglichkeit, mehr Fahrstunden an Simulatoren durchführen zu können, und generelle Kostenunterstützungen bei Führerschein und Autokauf.

„Der Führerschein kostet inzwischen über 3.000 €. Bei mir haben meine Eltern etwas übernommen, weil ich das alleine nicht hätte zahlen können und ohne ist man einfach abgeschnitten.“

Weiblich, ländlich, 18–30 Jahre

Auch der Zustand der Verkehrsinfrastruktur wird insbesondere in ländlichen Fokusgruppen kritisch thematisiert. Marode Straßen, lang andauernde Baustellen und das Gefühl fehlender strategischer Planung beim Ausbau prägen die Wahrnehmung.

Das Gefälle zwischen Stadt und Land wird auch in anderen Infrastrukturbereichen täglich sichtbar: etwa beim Netzausbau. Schlechte Internet- und Mobilfunkabdeckung sind auf

Infrastruktur und bezahlbarer Wohnraum

Und wie zufrieden sind Sie bei diesen Themen jeweils mit der Arbeit der rheinland-pfälzischen Landesregierung?

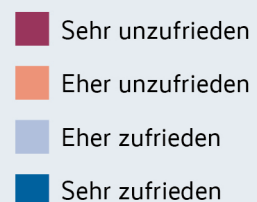
(Angaben in Prozent)

Für gute öffentliche Infrastruktur mit Straßen und Schienen sorgen

64 21 43 26 4 30

Für genügend bezahlbaren Wohnraum sorgen

65 27 38 26 3 29



Basis: alle Bürger_innen. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe
Datengrundlage: November 2025

Abb. 5

dem Land schmerzhafter Alltag. Eine schlechte Netzqualität kann in sowieso bereits abgeschiedenen Teilen des Bundeslandes dazu führen, dass Bewohner_innen sich noch stärker isoliert und weniger angebunden fühlen – auch digital.

Weitere Stadt-Land-Unterschiede zeigen sich teilweise beim Thema Wohnen. Die meisten Teilnehmenden der Fokusgruppen nennen das Thema Wohnen nicht als dringendes Alltagsthema, einige Teilnehmende mit Eigenheim sind grundlegend zufrieden. Aber auch bei diesem Thema nehmen Diskussionen in städtischen Räumen zu hohen Mieten, einem grundlegend knappen Wohnungsangebot und steigenden Wohnkosten zu. In ländlichen Regionen hingegen wird teilweise Leerstand thematisiert, dem noch ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum gegenübersteht. In beiden Fällen wird Wohnraum als zunehmend schwerer zugänglich und als Belastungsfaktor für Lebensqualität wahrgenommen.

„Wir sind extra nach Rheinland-Pfalz gezogen, weil es hier günstiger als in Hessen sein sollte. Wir nehmen das Ländliche in Kauf, weil wir uns mehr leisten können. Inzwischen gleicht sich das aber an.“

Weiblich, ländlich, 31–40 Jahre

„Ich würde sagen, wir wohnen sehr schön: ländlich, entspannt, nicht so stressig wie in der Stadt. Mein Haus ist abgezahlt, also das ist kein Thema, was mich betrifft.“

Weiblich, ländlich, 51–60 Jahre

Dieser Eindruck bestätigt sich auch quantitativ. Während Rheinland-Pfälzer_innen im eher städtischen Umfeld die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen ambivalent bewerten (46 Prozent zufrieden wie auch unzufrieden), zeigt sich bei den eher ländlich Lebenden eine stärker ausgeprägte Unzufriedenheit (50 Prozent unzufrieden, 41 Prozent zufrieden).

Die Ergebnisse knüpfen damit an frühere Befunde an. Bereits 2021 zeigte sich, dass den Menschen bewusst ist, dass Infrastrukturangebote eng mit Besiedlungsdichte zusammenhängen und sich Verkehrs-, Kommunikations- und Versorgungsnetze in städtischen Räumen leichter aufbauen lassen. Entsprechend erwarten die Menschen im ländlichen Raum keine vollständige Gleichwertigkeit mit städtischen Lebensbedingungen, etwa ein eng getaktetes Busnetz in kleinen Dörfern. Sehr wohl erwarten sie jedoch, dass die Politik innovative und passgenaue Lösungen entwickelt, um das Stadt-Land-Gefälle zu verringern und grundlegende Erreichbarkeit sowie Teilhabe sicherzustellen (Faus, Hartl, 2021). Diese Erwartung bleibt bis heute unverändert bestehen.

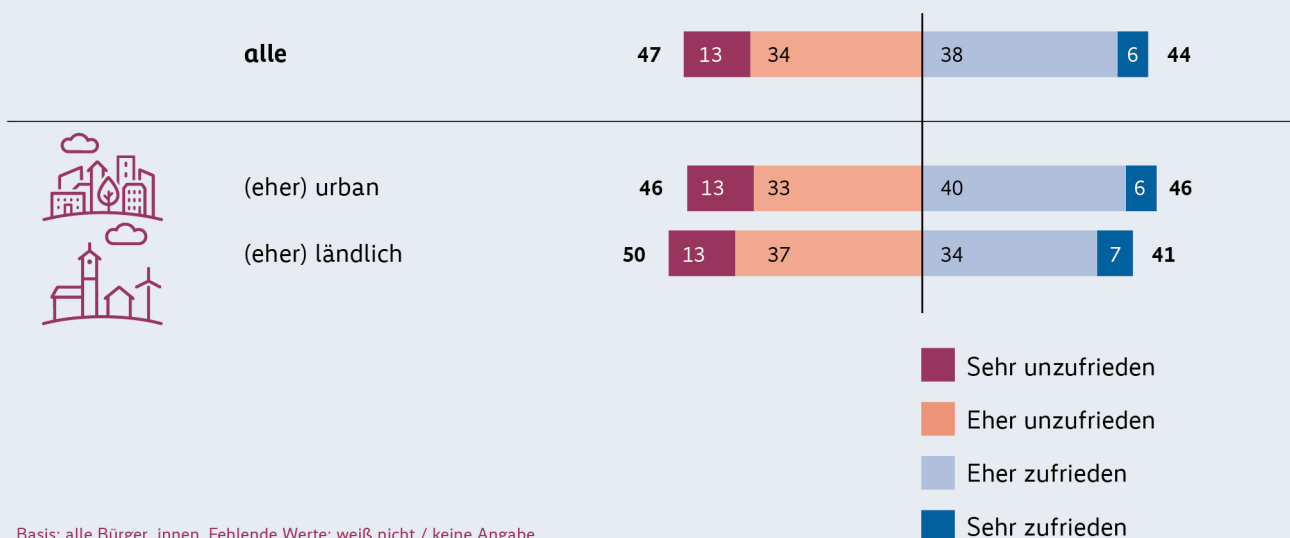
Abb. 6

Gleichwertige Lebensbedingungen Stadt und Land

Und wie zufrieden sind Sie bei diesen Themen jeweils mit der Arbeit der rheinland-pfälzischen Landesregierung?

(Angaben in Prozent)

Dafür sorgen, dass man in der Stadt und auf dem Land gleich gut leben kann.



Basis: alle Bürger_innen. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe
Datengrundlage: November 2025

Wirtschaft, Betriebe und Arbeitsplätze

Die wirtschaftliche Lage in Rheinland-Pfalz wird von der Bevölkerung als ernst, zugleich aber noch solide wahrgenommen. Zwar schrumpfte die Wirtschaftsleistung auch 2024 ähnlich wie in den Jahren zuvor, der Rückgang fiel jedoch weniger stark aus als in den unmittelbaren Vorjahren. Die anhaltende Rezession bleibt dennoch spürbar und wirkt sich auf den Arbeitsmarkt, die Erwerbstätigkeit und die Arbeitslosigkeit aus (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2025). In den Fokusgruppen wird Rheinland-Pfalz als ein wirtschaftlich solides Bundesland beschrieben, dessen wirtschaftliches Fundament jedoch zunehmend unter Druck gerät. Die Rezession zum Befragungszeitraum Oktober/November 2025 wird nicht als akute Krise wahrgenommen, wohl aber als Phase erhöhter Unsicherheit, in der Aufwärtssimpulse fehlen und Belastungen länger anhalten.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich die vergleichsweise nüchterne, aber nicht grundsätzlich negative Bewertung der früheren Landesregierung. Trotz der angespannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeigen sich die Rheinland-Pfälzer_innen mit der Arbeit der Landespolitik bei der Sicherung von Arbeitsplätzen und guten Arbeitsbedingungen mehrheitlich zufrieden. Eine knappe Mehrheit von 50 Prozent bewertet die Sicherung der Arbeitsplätze eher oder sehr positiv. Bei der Einschätzung der Bedingungen für Firmen und Betriebe zeigt sich hingegen ein etwas ambivalenteres Bild (45 Prozent zufrieden, 43 Prozent unzufrieden).

Auffällig ist dabei weniger eine starke Polarisierung als vielmehr das Fehlen ausgeprägter Zuversicht. Nur wenige Befragte äußern große Zufriedenheit (7 bzw. 5 Prozent), während zugleich jeweils rund 11 Prozent sehr unzufrieden sind. Viele Beschäftigte wie auch Arbeitgeber_innen erleben derzeit wenig Bewegung nach oben: Größere Fortschritte bleiben aus, während einzelne Branchen und Betriebe bereits konkret unter Kostendruck, Fachkräftemangel oder Arbeitsplatzverlust leiden.

Die qualitativen Ergebnisse bestätigen dieses Bild. Rheinland-Pfalz wird im bundesweiten Vergleich überwiegend als wirtschaftlich solides Bundesland wahrgenommen, zugleich wird von der Politik jedoch mehr Dynamik und eine klarere Positionierung als Innovationsstandort eingefordert. Dem Land wird dabei grundsätzlich das Potenzial zugesprochen, eine stärkere Rolle als bundesweiter Innovationstreiber einzunehmen.

„Man hat das Gefühl, den Leuten geht es gut, wenn es den Unternehmen auch gut geht.“

Weiblich, ländlich, 51–60 Jahre

Besondere Bedeutung messen die Teilnehmenden der Fokusgruppen Industrie- und Forschungsstandorten dank großer Unternehmen wie BioNTech, Boehringer Ingelheim oder der BASF bei. Sie gelten als zentrale Arbeitgeber_innen, Innovationsmotoren ganzer Regionen und wichtige Garanten wirtschaftlicher Stabilität. Entsprechend wird der Politik in Rheinland-Pfalz eine Schlüsselrolle zugeschrieben, diese Standorte langfristig zu sichern und im internationalen Wettbewerb zu stärken.

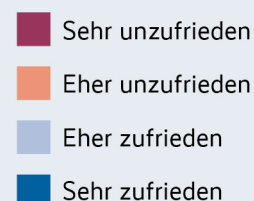
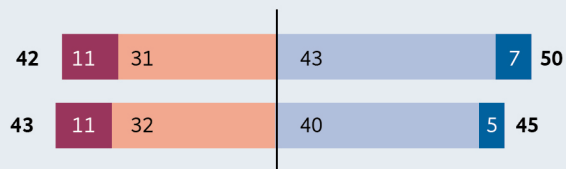
Arbeitsplätze und Betriebe

Und wie zufrieden sind Sie bei diesen Themen jeweils mit der Arbeit der rheinland-pfälzischen Landesregierung?

(Angaben in Prozent)

Für sichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen sorgen

Für gute Bedingungen für Firmen und Betriebe sorgen



Basis: alle Bürger_innen. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe
Datengrundlage: November 2025

Abb. 7

In stärker ländlich geprägten Regionen wie dem Landkreis Kusel oder der Region Diez/Nassau wird ein Mangel an vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten kritisiert. Abseits von Gastronomie und Tourismus fehlen dort Arbeitsplätze, weshalb sich viele Teilnehmende eine aktivere Ansiedlungspolitik und mehr mittelständische sowie industrielle Betriebe wünschen, um Abwanderung zu vermeiden. Besonders jüngere Menschen diskutieren, dass Rheinland-Pfalz aktuell wenig vielfältige Jobmöglichkeiten bietet und nicht zwingend zur langfristigen Lebensplanung einlädt.

„Für junge Leute nach dem Studium, die ihren ersten Job suchen, ist Rheinland-Pfalz eher unattraktiv, finde ich, und wird bei mir früher oder später dazu führen, dass ich nicht mehr hier lebe.“

Weiblich, städtisch, 18–30 Jahre

In Grenzregionen wie Trier wird die wirtschaftliche Lage vor allem im Verhältnis zum benachbarten Ausland diskutiert. Die Nähe zu Luxemburg wird ambivalent bewertet: Einerseits profitieren viele von höheren Löhnen jenseits der Grenze, andererseits wird befürchtet, dass Rheinland-Pfalz als Arbeits- und Unternehmensstandort an Attraktivität verliert. Entsprechend sehen die Befragten die Landespolitik in der Verantwortung, die Standortbedingungen zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Kinderbetreuung und Bildung

Dass Bildung von der Kita bis zur Universität eine zentrale Zukunftsfrage für Deutschland wie auch Rheinland-Pfalz ist, wird in den Fokusgruppen immer wieder deutlich. Kaum ein anderes Politikfeld ist so eng mit dem Alltag von Familien verbunden und zugleich so stark mit Erwartungen an Chancengerechtigkeit, soziale Teilhabe und langfristige Entwicklung verknüpft. Insgesamt zeigt sich bei der Bewertung der Themenbereiche, dass noch eine knappe relative Mehrheit von 44 Prozent (eher) zufrieden mit der Kinderbetreuung in den Kitas ist. Bei der Unterrichtsversorgung und einer guten Schulbildung sind hingegen 49 Prozent (eher) unzufrieden, während 41 Prozent (eher) zufrieden sind. Eltern von Kindern unter 18 Jahren sind hier hingegen besonders betroffen. Und bei ihnen zeigt sich, dass in beiden Fällen noch größere Unzufriedenheit vorherrscht: Bei der Kinderbetreuung ist eine Mehrheit von 50 Prozent unzufrieden, im Falle der Schulbildung und der Unterrichtsversorgung sogar 54 Prozent.

Die qualitativen Ergebnisse helfen, diese Bewertungen einzuordnen. Die gebührenfreien Kita-Plätze werden von vielen Teilnehmenden ausdrücklich als Beispiel funktionieren der Landespolitik hervorgehoben.

„Ab zwei ist der Kindergarten kostenlos, das ist jede Menge Geld, das wir nicht zahlen müssen.“

Weiblich, ländlich, 31–40 Jahre

Im ländlichen Raum wird auch die Vergabe von Kita-Plätzen vielfach als unproblematisch beschrieben. Gleichzeitig wird der Fachkräftemangel im Kita-Bereich als das mit Abstand drängendste Problem benannt. Wiederkehrende Personalausfälle führen zu kurzfristigen Schließungen, eingeschränkten Betreuungszeiten und einer hohen Unplanbarkeit des Alltags für Eltern. Entsprechend richtet sich der zentrale Wunsch darauf, attraktivere Arbeitsbedingungen und Anreize für pädagogische Fachkräfte zu schaffen, um eine verlässliche Kinderbetreuung sicherzustellen.

Im Schulbereich ist die Diskussion deutlich emotionalisiert: Viele Eltern schildern, dass sie Defizite im Schulsystem zunehmend durch eigenes Engagement kompensieren müssen. Als besonders alltagsrelevant erweist sich dabei das Thema Lernmittelfreiheit. Wie bereits beschrieben, wird das aktuelle System der eigenen Kostenübernahme zunehmend und insbesondere vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten als nicht mehr tragbar wahrgenommen. In den Fokusgruppen wird vielfach gefordert, dass – wie in anderen Bundesländern – sämtliche Lernmittel umfassend übernommen werden sollten. Dazu zählen für die Fokusgruppenteilnehmenden neben Schulbüchern auch Arbeitshefte sowie digitale Endgeräte wie Tablets.

„Wir müssen für meinen Sohn immer mehr Bücher selbst kaufen, die Liste wird immer länger. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich das alle leisten können.“

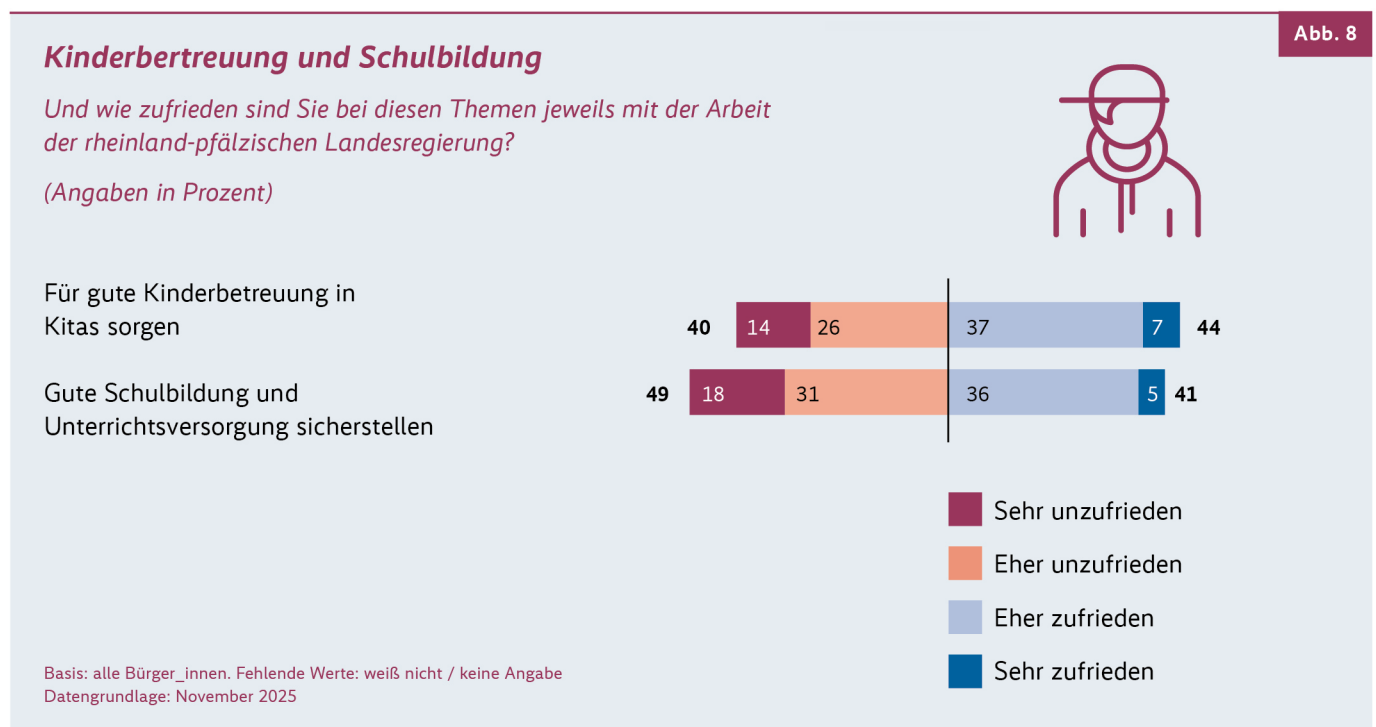
Männlich, städtisch, 41–50 Jahre.

Eine umfassende Lernmittelfreiheit wird aus Sicht der Teilnehmenden als gerecht, unbürokratisch und entlastend beschrieben. Sie könne Ungleichheits- und Schamgefühle vermeiden, insbesondere im Vergleich zu Familien, die Transferleistungen beziehen, und zu klaren, nachvollziehbaren Regeln für alle beitragen.

„Ich habe zwar keine Kinder, aber ich will, dass in die Zukunft investiert wird. Da sollten keine Unterschiede gemacht werden, wenn dann für alle gleich.“

Weiblich, ländlich, 31–40 Jahre

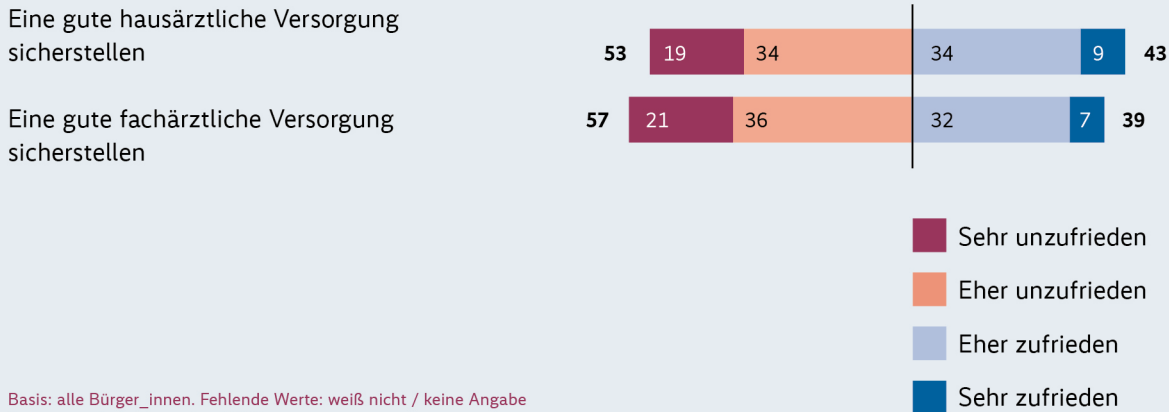
Auch im Schulbereich verbindet sich diese Forderung mit der Erwartung, dass stärker in die Gewinnung und Bindung von Fachkräften investiert wird, um Unterrichtsausfälle zu reduzieren und Bildungsqualität langfristig zu sichern.



Ärztliche Versorgung

Und wie zufrieden sind Sie bei diesen Themen jeweils mit der Arbeit der rheinland-pfälzischen Landesregierung?

(Angaben in Prozent)



Ärztliche Versorgung

Mit der ärztlichen Versorgung (hausärztlich wie auch fachärztlich) zeigt sich eine Mehrheit der Rheinland-Pfälzer_innen unzufrieden. Mit der hausärztlichen Versorgung sind noch etwas mehr Befragte zufrieden als mit der fachärztlichen Versorgung, in beiden Fällen wird aber deutlich, dass es hier Probleme gibt. Knapp jede_r Fünfte ist hier sogar sehr unzufrieden mit der Arbeit der Landesregierung. Die Landbevölkerung ist in beiden Fällen unzufriedener als die Stadtbevölkerung.

Die Fokusgruppen zeigen, dass das Thema eher punktuell statt flächendeckend dominant ist und ausgiebiger in der Landbevölkerung diskutiert wird. Schon jetzt wird bemängelt, dass es immer schwieriger wird, fach- und allgemeinärztliche Termine zu bekommen, und die Sorge steigt, dass Reformen des Gesundheitssystems keine flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum mehr ermöglichen. Hier bleibt die ländliche Bevölkerung mit einem Unsicherheitsgefühl zurück, das in Zukunft adressiert werden muss.

Insgesamt erwarten die Rheinland-Pfälzer_innen keine identischen Angebote in Stadt und Land, sehr wohl aber funktionierende Mobilität, erreichbare medizinische Versorgung und bezahlbaren Wohnraum als Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe. Bleiben diese Voraussetzungen unsicher, verstärkt sich das Gefühl des Abgehängtseins – insbesondere in ländlichen Regionen – und überlagert die grundsätzlich positive Bewertung des Lebens im Bundesland.

Migration und Integration

Das Thema wirksame Abschiebungen ist für viele Rheinland-Pfälzer_innen in der quantitativen Befragung zwar das Top-Thema, um das sich die Landespolitik kümmern soll, in den qualitativen Gesprächen spielt es jedoch eine eher untergeordnete Rolle. Auffällig ist, dass es hier starke Unterschiede in den Segmenten gibt. Bisher ist hier ein Großteil der Befragten unzufrieden mit der Arbeit der früheren Landesregierung. 57 Prozent geben an, sehr oder eher unzufrieden in dem Bereich zu sein. Lediglich ein knappes Viertel zeigt sich (eher) zufrieden.

Auch bei der Integration von Menschen aus anderen Ländern überwiegt die Skepsis: Eine knappe Mehrheit der Befragten äußert Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation.

Die qualitativen Ergebnisse relativieren diese Einschätzung jedoch mit Blick auf die Alltagsrelevanz des Themas. In den Fokusgruppen zeigt sich, dass Migration, Integration und Abschiebungen insbesondere bei eher konservativ eingestellten Teilnehmenden sowie in Teilen der ländlichen Bevölkerung stark emotionalisiert diskutiert werden und häufig mit Fragen von Sicherheit und Ordnung verknüpft sind. Zugleich berichten selbst migrationskritisch eingestellte Teilnehmende nur selten von eigenen Erfahrungen im unmittelbaren Lebensumfeld, die durch Migration oder fehlende Integration direkt geprägt wären. Stattdessen beruhen Problemwahrnehmungen überwiegend auf Erzählungen aus zweiter Hand oder auf Eindrücken aus medialen und politischen Debatten.

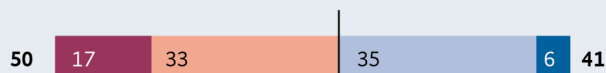
Integration und Abschiebung

Und wie zufrieden sind Sie bei diesen Themen jeweils mit der Arbeit der rheinland-pfälzischen Landesregierung?

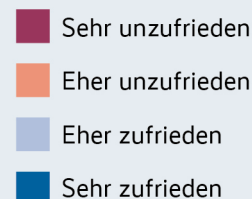
(Angaben in Prozent)



Für eine gute Integration von Menschen aus anderen Ländern sorgen



Für wirksame Abschiebungen von Ausreisepflichtigen sorgen



Basis: alle Bürger_innen. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe
Datengrundlage: November 2025

„Meine Nichte ist 18, die fährt aus Sicherheitsgründen nur mit dem Auto, auch wenn sie nach Frankfurt fährt. Die erzählt mir dann: ‚Onkel, weißt du, wie schlimm das ist, wenn man in der Stadt feiern gehen will?‘. Bei uns damals war das noch möglich, heute nicht mehr.“

Männlich, städtisch, 41–50 Jahre

Die politische Verantwortung für Migration, Abschiebungen und bessere Integration wird von vielen qualitativ Befragten nicht klar der Landesebene zugeschrieben. Zentrale Entscheidungen werden überwiegend als bundespolitisch geprägt wahrgenommen, sodass sich der Frust weniger gegen die Politik im Bundesland als gegen das bundesweite Vorgehen in der Migrationspolitik richtet. Die Landespolitik erscheint mitverantwortlich, aber nur begrenzt handlungsfähig.

Damit zeigt sich in den qualitativen Gesprächen eine deutliche Diskrepanz zwischen der hohen politischen Bedeutung des Themas und seiner begrenzten Präsenz im Alltag vieler Befragten. Migration und Integration werden seltener als konkret erlebte lokale Probleme beschrieben, sondern vielmehr als abstrakte gesellschaftliche Herausforderungen wahrgenommen, die vor allem durch mediale Berichterstattung und politische Debatten geprägt sind.

„Ach, die Zuwanderung ist ja überall in Deutschland ein Problem. Ich denke, da haben wir es hier noch ganz gut getroffen.“

Männlich, ländlich, 41–50 Jahre

Was jedoch bei einigen Rheinland-Pfälzer_innen im Hinterkopf bleibt, ist eine diffuse Angst vor dem schleichenden Verlust der Heimat. Diese gilt es ernst zu nehmen und zu adressieren.

4. Fazit

Rheinland-pfälzische Geselligkeit unter Druck – gesellschaftliche Teilhabe als politische Schlüsselaufgabe

Rheinland-Pfalz ist ein Bundesland mit hoher sozialer Stabilität, ausgeprägter Identifikation und einem grundsätzlich positiven Lebensgefühl. Die Rheinland-Pfälzer_innen erleben ihr Land als ruhig, menschlich und gemeinschaftlich geprägt, während ihr Selbstbild auf Werten wie Geselligkeit, Nähe und Überschaubarkeit fußt. Genau diese Werte gehören zum rheinland-pfälzischen Selbstverständnis und bilden gleichzeitig die zentrale Ressource gesellschaftlichen Zusammenhalts im Bundesland.

Es zeigt sich jedoch ein wachsendes Spannungsverhältnis zwischen diesem Selbstbild und den strukturellen Rahmenbedingungen des Alltags. Viele Rheinland-Pfälzer_innen fühlen sich in ihrer Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, zunehmend eingeschränkt. Je nach Lebensort und -lage unterscheiden sich die konkreten Barrieren: steigende Lebenshaltungskosten, eingeschränkte Mobilität, fehlende Begegnungsorte, unsichere Zukunftsperspektiven. Die gegenwärtige gesellschaftliche Stimmung ist weniger von konkreten Konflikten oder Polarisierung geprägt als von einem leisen Auseinanderdriften von Identität und Alltag. Die Menschen möchten gesellig sein, teilhaben, sich einbringen – stoßen dabei jedoch immer häufiger auf strukturelle Hürden. Wo Geselligkeit traditionell identitätsstiftend wirkt, wird ihr Fehlen nicht nur als individuelles Problem erlebt, sondern als Verlust eines zentralen Elements rheinland-pfälzischer Lebensweise.

Diese Begrenzungen zeigen sich je nach Lebenslage unterschiedlich. Für junge Menschen werden hohe Wohn- und Mobilitätskosten zur zentralen Hürde auf dem Weg in ein eigenständiges Leben. Für Menschen im ländlichen Raum entscheidet funktionierende Mobilität über Erreichbarkeit, Teilhabe und Versorgung. Familien erleben Bildungspolitik als Schlüssel zur Chancengerechtigkeit, zugleich aber als Bereich, in dem Personalmangel und Kosten den Alltag belasten. Ältere und zugezogene Menschen berichten von Rückzugserfahrungen, wobei soziale Orte wegbrechen oder verschlossen bleiben. Besonders belastet sind Gruppen, die mehrere Barrieren parallel erleben: beispielsweise junge Menschen auf dem Land. Hier kommen viele Themen im Alltag konkret zum Tragen: Der Führerschein und ein Auto sind kaum zu bezahlen, bleiben aber alternativlos. Steigende Lebenshaltungskosten prägen die Alltagserfahrung unmittelbar: von Wohnen über Mobilität bis Freizeit. Der

Wunsch, aus dem Elternhaus auszuziehen, wird durch hohe Mieten und unsichere Perspektiven erschwert; zugleich mangelt es an glaubhaften Zukunftsperspektiven für Ausbildung, Arbeit und Bleibeperspektiven im Land.

Solidarität als ausgeprägtes gesellschaftliches Fundament in Rheinland-Pfalz

Auf den ersten Blick ließe sich vermuten, dass diese Alltagsbarrieren den Kern der rheinland-pfälzischen Identität – Geselligkeit und Solidarität – untergraben. Umso bemerkenswerter ist ein gegenteiliger Befund: Die unterschiedlichen Problemlagen führen nicht zu Abschottung oder reiner persönlicher Interessenspolitik. Vielmehr zeigt die Studie ein ausgeprägtes solidarisches Grundverständnis. Viele Rheinland-Pfälzer_innen erkennen die Bedarfe anderer Gruppen an und befürworten unterstützende Maßnahmen, auch wenn sie selbst nicht unmittelbar betroffen sind – von Entlastungen beim Führerschein für junge Menschen bis hin zur Unterstützung eines besseren ÖPNV-Ausbaus im ländlichen Raum durch städtische Befragte. Man denkt für seine Nachbar_innen mit. Diese Perspektive verweist auf eine geteilte Vision eines gemeinschaftlich guten Lebens im Bundesland.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Erwartungen an die zukünftige Landesregierung klar: die Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe im Alltag zu sichern. Lebenshaltungskosten, Mobilität, Bildung, Wohnen, wirtschaftliche Perspektiven und soziale Infrastruktur wirken dabei nicht isoliert, sondern als miteinander verflochtene Hebel, die darüber entscheiden, ob Geselligkeit, Austausch und Zusammenhalt gelebt werden können. Rheinland-Pfalz steht vor keiner Identitätskrise – Grundpfeiler wie Solidarität und Gemeinschaft stehen in den Köpfen und Werten der Einzelnen sicher. Vielmehr steht die zukünftige Landesregierung vor einer strukturellen Bewährungsprobe: Gelingt es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Menschen wieder einfacher zusammenkommen, sich beteiligen und Zukunftsperspektiven entwickeln können, dann knüpft Politik unmittelbar an den Kern dessen an, was Rheinland-Pfalz ausmacht. Genau darin liegt die zentrale Erwartung an die zukünftige Landespolitik und die Chance, Stabilität nicht nur zu bewahren, sondern aktiv zu stärken.

Begegnungen und Austausch im Rahmen politischer Bildungsarbeit

Die Befunde der Studie verweisen nicht nur auf politische Steuerungsaufgaben, sondern auch auf die Bedeutung politischer Bildungsarbeit. Wenn gesellschaftlicher Zusammenhalt maßgeblich über Begegnung, Austausch und alltagsnahe Teilhabe hergestellt wird, kommt der politischen Bildung eine zentrale Rolle zu – nicht allein als Vermittlerin von Wissen, sondern als Ermöglicherin von Dialog und gemeinschaftlicher Erfahrung.

Die Studie zeigt eine Notwendigkeit niedrigschwelliger Begegnungsformate, die dauerhaft verankert und verlässlich bespielt werden. Politische Bildung kann dort ansetzen, wo Menschen ohnehin zusammenkommen – in Vereinen, Nachbarschaften, Schulen oder kommunalen Initiativen – und Räume schaffen, in denen Austausch selbstverständlich wird.

Dabei sollten regionale Unterschiede berücksichtigt werden. Die Studie macht deutlich, dass Problemlagen je nach Region variieren: Während in einigen Räumen bezahlbares Wohnen im Vordergrund steht, dominieren andernorts Fragen von Mobilität, Infrastruktur oder wirtschaftlicher

Perspektive. Politische Bildungsangebote gewinnen an Wirksamkeit, wenn sie diese unterschiedlichen Lebensrealitäten ernst nehmen und thematisch flexibel reagieren. Neben regionaler Varianz sollte politische Bildungsarbeit auch konkrete Alltagsthemen berücksichtigen und an diese anknüpfen. Fragen von Lebenshaltungskosten, Mobilität, Bildung oder sozialer Infrastruktur werden von den Menschen als unmittelbar relevant erlebt. Hier entstehen Anknüpfungspunkte für politische Diskussionen, die nicht abstrakt bleiben, sondern die eigene Lebenswirklichkeit aufgreifen.

Die Ergebnisse der Studie zeigen in besonderem Maße, dass politische Bildungsarbeit dazu beitragen sollte, das bereits vorhandene solidarische Grundverständnis der Menschen in Rheinland-Pfalz weiter zu stärken. Indem Netzwerke ausgebaut, lokale Initiativen verknüpft und generationen- sowie regionenübergreifende Dialoge ermöglicht werden, wird Solidarität nicht nur vorausgesetzt, sondern aktiv gefördert. Einsamkeit sollte dabei nicht ausschließlich als soziales, sondern auch als politisches Thema verstanden werden. Wenn fehlende Begegnungsräume als Verlust gesellschaftlicher Teilhabe erlebt werden, eröffnet politische Bildung die Möglichkeit, Gemeinschaft bewusst zu gestalten und neue Formen des Miteinanders zu entwickeln.

Literaturverzeichnis

Fachkräftereport 2025. Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz. verfügbar unter <https://www.ihk-rlp.de/produktmarken/fachkraeftesicherung/fachkraeftereport-rlp-5695184>

Ausbildungsreport Rheinland-Pfalz 2024. DGB-Jugend Rheinland-Pfalz/Saarland. verfügbar unter https://rheinland-pfalz-saarland.dgb.de/dgb-rps-fileadmin/dateien/Dokumente/Bezirk/ausbildungsreport2024_rlp_web.pdf

Faus, J.; Alin, S.; Ickstadt, L. 2024: Brandenburg im Wandel: Politische Einstellungen und Zukunftsperspektiven, Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Brandenburg, Brandenburg.

Faus, J.; Bernhard, L. 2023: „So geht sächsisch“ – aber wohin geht Sachsen?, Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Sachsen, Leipzig.

Faus, J.; Hartl, M. 2021: Stadt – Land – Gut? Rheinland-Pfalz im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel, Regionalbüro Rheinland-Pfalz/Saarland Friedrich-Ebert-Stiftung.

Faus, J.; Faus, R., Ickstadt, L. 2021: Wohin wächst Berlin? Erwartungen der Berliner_innen an die Zukunft ihrer Stadt, Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Berlin, Berlin.

Faus, J.; Ickstadt, L. 2020: Nebeneinander oder miteinander? Nachbarschaftlicher Zusammenhalt im Corbusierhaus Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Faus, R.; Storks, S. 2019: Das pragmatische Einwanderungsland: Was die Deutschen über Migration denken, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Hagemeyer, L.; Ickstadt, L.; Faus, R.; Arnold, A.; Schläger, C.; Engels, J. 2025: Welche Träume bewegen Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/21738>.

Heider, B.; Scholz, B.; Siedentop, S.; Radzyk, J.; Rösch, J.; Weck, S.: Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023, Bonn.

Hartl, M.; Faus, J. 2020: Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog: Erkenntnisse einer qualitativen Studie über die fragmentierte Gesellschaft in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin.

Raffelhüschen, B., & Renz, T. (2025): SKL Glücksatlas 2025. Verlagsgruppe Random House GmbH.

Rheinland-Pfalz-Monitor 2025, verfügbar unter <https://landtag-rlp.de/de/mitmachen/demokratie/rlp-monitor.htm>

Schulz, L.; Ickstadt, L.; Faus, R. 2024: Wie kann Zukunft in Hamburg gelingen? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage der pollytix strategic research gmbh, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hamburg.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2025: Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2024, verfügbar unter: <https://www.datenblick.statistik.rlp.de/die-wirtschaft-in-rheinland-pfalz-2024>

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Selbstbild der Rheinland-Pfälzer_innen, Seite 6

Abb.2: Segmente, Seite 8

Abb. 3: Zufriedenheit mit der Landesregierung, Seite 10

Abb. 4: Wichtigste Themen für die Landespolitik nach Segmenten, Seite 13

Abb. 5: Infrastruktur und bezahlbarer Wohnraum, Seite 15

Abb. 6: Gleichwertige Lebensbedingungen Stadt und Land, Seite 16

Abb. 7: Arbeitsplätze und Betriebe, Seite 17

Abb. 8: Kinderbetreuung und Schulbildung, Seite 19

Abb. 9: Ärztliche Versorgung, Seite 20

Abb. 10: Integration und Abschiebung, Seite 21

Die Autor_innen

Rieke Burfeind studierte Psychologie und Wirtschaftspsychologie (B.Sc.) in Lüneburg sowie Psychologie (M.Sc.) in Jena. Sie ist Seniorberaterin bei pollytix strategic research gmbh und verantwortet dort vor allem qualitative Forschungsprojekte. In ihrer Arbeit berät sie NGOs, Ministerien und politische Akteur_innen mit einem Schwerpunkt auf Umwelt- und Wahlforschung.

Jana Faus ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin, Speakerin, Autorin sowie Gründerin und Geschäftsführerin der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh. In den vergangenen Jahren hat sie zahlreiche Publikationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen veröffentlicht. Mit pollytix berät sie auf Basis qualitativer und quantitativer Forschung Kund_innen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft strategisch zu gesellschaftlichen und politischen Fragen.

Lutz Ickstadt studierte Politikwissenschaft und Öffentliches Recht sowie Empirische Demokratieforschung in Mainz, Gent und Lincoln. Er arbeitet seit 2020 bei der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh und ist dort als Seniorberater vor allem für quantitative Forschungsprojekte sowie Analysen verantwortlich. Seine thematischen Schwerpunkte liegen im Bereich Wahl- und Medienforschung.

